

aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

november nr 44



Der erste Rat der Volkskommissare

<i>Dekret über Arbeiterkontrolle.....</i>	<i>3</i>
<i>Arbeitskreise.....</i>	<i>5</i>
<i>Was haben wir erreicht?.....</i>	<i>7</i>
<i>Was wollen wir erreichen?.....</i>	<i>9</i>
<i>Unter Polizeischutz.....</i>	<i>11</i>
<i>Verwirrungen, Wunschvorstellungen, Entsagungen.....</i>	<i>12</i>
<i>Persien.....</i>	<i>15</i>
<i>"offensiv links".....</i>	<i>18</i>
<i>Brief an Kreisky.....</i>	<i>19</i>

+++++

"aspekte" Diskussions- und Informations-
blatt der Freien Österreichischen Jugend
(Bewegung für Sozialismus) - Wien.
Eigentümer, Herausgeber und Verleger:
Freie Österreichische Jugend, für den
Inhalt und die Vervielfältigung verantwort-
lich: Alfred Prandl, alle Wien 1040,
Belvederegasse 10. Telefon: 65 19 52.
Kontonummer: 2-307-435 Länderbank, Wien.

Anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution ziehen wir es vor, statt feierlicher Tiraden, einen Bestandteil der Forderungen dieser Revolution zu vermitteln. Wir bringen hier den vollständigen Wortlaut des Dekretes über Arbeiterkontrolle.

Dekret über Arbeiterkontrolle

1. Zwecks planmäßiger Regulierung der Volkswirtschaft in allen gewerblichen, Handels-, Bank-, Landwirtschaft-, Transport-, Kooperativ-, Produktionsgesellschaften und anderen Unternehmen, die Lohnarbeiter beschäftigen oder Arbeit ins Haus geben, wird die Arbeiterkontrolle über Produktion, Kauf und Verkauf von Erzeugnissen und Rohmaterialien, über ihre Aufbewahrung sowie über die finanzielle Seite des Unternehmens eingeführt.

2. Die Arbeiterkontrolle wird ausgeübt von allen Arbeitern des betreffenden Unternehmens durch ihre gewählten Organe, wie: Betriebs-, Fabrikkomitees, Ältestenräte u.dgl., wobei diesen Organen Vertreter der Angestellten und des technischen Personals angehören müssen.

3. Für jede Großstadt, für jedes Gouvernement oder Industriegebiet wird ein örtlicher Rat der Arbeiterkontrolle geschaffen, der als Organ des Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten aus Vertretern der Berufsverbände, der Betriebs-, Fabrik- und anderen Arbeiterkomitees und Arbeiterkooperativen sich zusammensetzt.

4. Bis zum Kongreß der Räte der Arbeiterkontrolle wird in Petrograd ein Allrussischer Rat der Arbeiterkontrolle errichtet, dem Vertreter folgender Organisationen angehören: von dem Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten 5, vom Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee der Bauern-Deputierten 5; vom Allrussischen Rate der Berufsverbände 5; vom Allrussischen Zentrum der Arbeiterkooperativen 2; vom Allrussischen Büro der Fabrik- und Betriebskomitees 5; vom Allrussischen Verbande der Ingenieure und Techniker 5; vom Allrussischen Verbande der Agronomen 2; von jedem Allrussischen Arbeiterverband mit weniger als 100 000 Mitgliedern 1 und mit über 100 000 Mitgliedern 2; vom Petrograder Rate der Berufsverbände 2.

5. Bei den höheren Organen werden Kommissionen von Spezialisten (Technikern, Buchhaltern usw.) als Revisoren geschaffen, die sowohl aus Initiative dieser Organe als auch auf Verlangen der unteren Organe der Arbeiterkontrolle zur Untersuchung der finanziellen und technischen Seite des Unternehmens geschickt werden.

6. Die Organe der Arbeiterkontrolle haben das Recht, den Betrieb zu beaufsichtigen, ein Mindestmaß für die Produktion festzusetzen und Maßnahmen zur Ermittlung der Selbstkosten der gewonnenen Erzeugnisse zu treffen.

7. Die Organe der Arbeiterkontrolle haben das Recht, den ganzen geschäftlichen Briefwechsel des Unternehmens zu kontrollieren, wobei die Unternehmer wegen Verheimlichung der Korrespondenz gerichtlich verantwortlich sind. Das Geschäftsgeheimnis wird aufgehoben. Die Eigentümer sind verpflichtet, den Organen der Arbeiterkontrolle alle Bücher und Rechnungen für das laufende wie für die vergangenen Geschäftsjahre vorzulegen.

8. Die Entscheidungen der Organe der Arbeiterkontrolle sind für die Eigentümer der Unternehmen verbindlich und können nur durch Beschluß der höheren Organe der Arbeiterkontrolle aufgehoben werden.

9. Der Unternehmer oder die Verwaltung des Unternehmens kann in der Frist von drei Tagen gegen alle Beschlüsse der unteren Organe der Arbeiterkontrolle bei den zuständigen höheren Organen Beschwerde erheben.

10. In allen Unternehmungen sind die Besitzer und die Vertreter der Arbeiter und Angestellten für die strengste Ordnung, Disziplin und Erhaltung des Vermögens dem Staate verantwortlich. Wer schuldig ist, Materialien, Erzeugnisse, Bestellungen verheimlicht, Rechnungen unrichtig geführt und dergleichen Mißbräuche verübt zu haben, unterliegt strafrechtlicher Verantwortung.

11. Die Bezirksräte der Arbeiterkontrolle (Ziffer 3) entscheiden alle Streitfragen und Konflikte zwischen den unteren Organen der Kontrolle sowie über Beschwerden der Besitzer der Unternehmen; sie erlassen in Anpassung an die Besonderheiten der Produktion und die örtlichen Umstände Instruktionen in den Grenzen der Beschlüsse und Anweisungen des Allrussischen Rates der Arbeiterkontrolle und überwachen die Tätigkeit der unteren Kontrollorgane.

12. Der Allrussische Rat der Arbeiterkontrolle arbeitet allgemeine Pläne für die Kontrolle und Instruktionen aus, erläßt obligatorische Beschlüsse, regelt die gegenseitigen Beziehungen der Bezirksräte der Arbeiterkontrolle und ist die höchste Instanz für alle mit der Arbeiterkontrolle verbundenen Angelegenheiten.

13. Der Allrussische Rat der Arbeiterkontrolle bringt die Tätigkeit derselben mit allen anderen Institutionen, die das Organisationswesen der Volkswirtschaft verwaltet in Einklang.

Eine Verordnung über die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Allrussischen Rate der Arbeiterkontrolle und den anderen Institutionen, die die Volkswirtschaft organisieren und regeln, wird besonders erlassen werden.

14. Alle Gesetze und Zirkulare, welche die Tätigkeit der Fabriks-, Betriebs- und anderer Komitees und Räte der Arbeiter und Angestellten beengen werden aufgehoben.

14./27. November 1917

(Veröffentlicht in Nummer 12 der Zeitung der Arbeiter- und Bauern-Regierung vom 16./29. November 1917).

Zweite Aktion:

Arbeitskreise

Folgende "offensiv links"-Arbeitskreise haben ihre Tätigkeit begonnen:

emanzipation

Inwieweit ist die Emanzipation (oder Nichtemanzipation) der Frau abhängig vom kapitalistischen System?

Jeden Donnerstag - Anfragen
bei Renée Verhave, Tel.: 93 33 53
- Olga Makomaski, Tel.: 63 85 39

kommunalpolitik

Verkehrswesen usw. -

Anfragen:
Schrems Georg, Tel.: 74 59 403
oder Belvederegasse 10.

betriebspolitik

Zusammenkünfte jeden Donnerstag
- 19 Uhr - Belvederegasse 10.

Verantwortlich:
Heinz Dürr, Tel.: 24 39 664
Peter Hallstein, Tel.: 73 79 302

medienpolitik

Anfragen: Belvederegasse 10.

kinderkollektiv

Anfragen: Belvederegasse 10.

bundesheer

Auskünfte:
Renée Verhave, Tel.: 93 33 53

untertanenfabrik

Auskünfte:
Roman Hummel, Tel.: 86 29 302
oder 65 19 52

arbeitsgemeinschaft

mit Karatekurs

Margaretengürtel 122 -
Tiefparterre - 2. Stiege -
jeden Mittwoch 19 Uhr.

Verantwortlich:
Walter Pold, Tel.: 65 19 52

kollektiv rotfilm

ist das einzige
linkspublizistische
Filmstudio Österreichs.

Wer an Filmproduktionen Interesse
hat, soll sich bei Kollektiv
Rotfilm Wien melden, Tel.: 65 19 52

» ANSCHLAG 2 IST AB SOFORT IN DER BELVEDEREGASSE 10 ABZUHOLEN - «
BITTE VORHER ANRUFEN: 65 19 52

GRUNDSCHULUNG -- -- GRUND

EINFÜHRUNG IN DIE MARXISTISCHE WIRTSCHAFTSTHEORIE

In diesem Kursus sollen in gemeinsamer Arbeit grundlegende Kenntnisse über die marxistische politische Ökonomie erworben werden. Die Teilnehmer sollen sich sowohl mit den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft, wie sie von Marx entwickelt worden sind, wie auch mit jenen des Monopolkapitalismus und des Imperialismus vertraut machen.

Ziel dieser Schulung ist es, fundierte Grundlagen für die tägliche Praxis zu schaffen.

SPREITZHOFER Felix, MARGULIES Hans

EINFÜHRUNG IN DEN HISTORISCHEN MATERIALISMUS

Diese Schulungsreihe soll in zwei bis drei Wochen begonnen werden und ebenfalls Grundbegriffe des Marxismus vermitteln. Die genauen Termine werden wir in Kürze bekanntgeben.

BERGER Ernst, MARGULIES Hans

Wir hoffen, mit diesen beiden Schulungsreihen einem echten Bedürfnis zu entsprechen und ersuchen Euch an diesen Abenden teilzunehmen.

Nähere Auskünfte: Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52

Das Wahlergebnis hat klare Verhältnisse geschaffen. Die SPÖ hat die von ihr langersehnte absolute Mehrheit errungen, FPÖ und ÖVP haben eine Niederlage erlitten, wodurch sich Koalitionen erübrigten. Die KPÖ hat trotz Stimmengewinne das für ihre weitere Perspektive notwendige Grundmandat nicht erreicht. "offensiv links" hat mit ca. 2000 Stimmen weder für eine positive noch für eine negative Überraschung gesorgt.

Für die FÖJ, als Initiator der Kandidatur von OL, gilt es zu überprüfen, inwieweit unsere Einschätzung der gesellschaftlichen Situation durch das Wahlergebnis bestätigt wurde bzw. ob die Wahlziele die wir uns gestellt haben auch erreicht wurden.

Das entscheidende Ergebnis dieser Wahlen, unabhängig ob man die Wahlen als formalen Akt betrachtet oder nicht, ist die absolute Mehrheit der SPÖ. Sie auf die Person Kreisky reduzieren zu wollen bedeutet gewisse Veränderungen innerhalb Österreichs zu negieren. Der Wahlsieg der Sozialdemokratie, signalisiert eine Struktur- und Bewußtseinsänderung innerhalb der Bevölkerung. Das Ergebnis einer Analyse der Strukturänderung (Verringerung des landwirtschaftlichen Sektors, Vergrößerung des Angestelltensektors u.ä.) muß die Basis sein auf der eine marxistische Bewegung ihre Politik aufbaut.

Wir hüten uns vor der Illusion, daß eine SPÖ-Alleinregierung sich selbst entlarven wird und sich nun eine Automatik nach links ergibt. Der Wahlsieg der SPÖ trotz 1 1/2jähriger Minderheitsregierung und trotz Entlarvungspolitik seitens der ÖVP, FPÖ und KPÖ zeigt, daß die Enttäuschung über die SPÖ-Politik bei weitem nicht so groß war als angenommen wurde, bzw. daß das Argument der SPÖ-Führer Rücksicht auf ihre parlamentarische Minderheit nehmen zu müssen, wirksam war.

Kreisky und Benya haben vor und nach den Wahlen eindeutig klargestellt, daß an der Politik der

Was haben wir erreicht?

Sozialpartnerschaft nicht gerüttelt wird. Im Gegenteil, die Hauptlosungen der SPÖ sind nach wie vor: sozialer Friede und Europareife. Das heißt, den Rationalisierungsprozeß des Kapitalismus (siehe Aspekte Nr. 43) fortzusetzen, ohne wie die ÖVP auf ihre Kernschichten (Bauern und Kleingewerbetreibende), Rücksicht nehmen zu müssen. Inwieweit dieser Prozeß nicht nur zu Lasten der Arbeiter und Angestellten durchgesetzt werden wird, hängt davon ab in welcher Form sich diese weiterhin "disziplinieren" lassen; und die Widersprüche innerhalb der SPÖ aufbrechen und sich außerhalb der SPÖ eine organisierte linke Alternative anbietet.

Hier ist die Einschätzung der Funktion der KPÖ notwendig. Der eindeutige Verzicht der SPÖ- und ÖGB-Führung zu verhindern, daß die Lasten der "Modernisierung der kapitalistischen Wirtschaft" auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden, hier läge die Funktion einer außerparlamentarischen Bewegung und wären richtig verwertet eine einmalig gute Chance zur Erreichung des Wahlzieles der KPÖ gewesen. Sie konnte diese Chance offensichtlich nicht nützen. Sie konnte nicht, da sie nicht in dem Maße in den Betrieben verankert ist wie uns manche Linke weismachen wollen. Trotzdem sahen sich nicht wenige Wähler veran-

laßt der KPÖ die letzte Chance zu geben.

Insgesamt hat sich erneut bewiesen, daß eine linke Perspektive eng verknüpft ist mit der Entwicklung einer neuen revolutionären Bewegung. Nur von diesem Gesichtspunkt, und das haben wir bereits vor den Wahlen gesagt, kann das Ergebnis von "offensiv links" beurteilt werden.

Es soll noch einmal in Erinnerung gerufen werden, daß wir von Haus aus, aufgrund der objektiven Situation, nicht mit einer großen Stimmenanzahl gerechnet haben. Ausgangspunkt unserer Überlegungen war

- a) einen Schritt vorwärts in Richtung einer Vereinheitlichung der Linken außerhalb KPÖ und SPÖ und
- b) die größere Möglichkeit der öffentlichen Publizität und Werbung auszunützen und unsere Vorstellungen und Existenz neuen Schichten bekanntzumachen.

Zu a) Dieses Ziel wurde nur teilweise erreicht. Es hat im Gegenteil in manchen Fällen eine Polarisierung unter den Linken stattgefunden. Das ist aber nicht unbedingt negativ zu werten.

Zu b) Es ist uns gelungen den Namen "offensiv links" bekanntzumachen. Den Inhalt unserer Vorstellungen konnten wir nur sehr mangelhaft vermitteln.

Es kann erst nach einigen Monaten beurteilt werden, ob es gelungen ist, die neuen Freunde und Genossen, die durch die Aktivität von "offensiv links" erreicht und engagiert wurden, in einer kontinuierlichen revolutionären Bewegung zu erfassen. Die Voraussetzungen dazu sind wie die letzten Versammlungen von "offensiv links" gezeigt haben gegeben. Es wird an uns allen liegen sie zu nützen.

GESAMMELTE KURZDARSTELLUNGEN DES ARBEITSKREISES ZUR TECHNOKRATISCHEN HOCHSCHULREFORM UND DER ROLLE DES WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN FORTSCHRITTES IM SPÄTKAPITALISMUS.

GEGEN EINEN DRUCKKOSTENBEITRAG VON S 5.- IST DER ERSTE TEIL DIESES

**TECHNOKRATIE-
PAPER**

ZU ERSTEHEN BEI:

FÖJ -
Bewegung für Sozialismus,
Belvederegasse 10.
Telefon: 65 19 52

Basisgruppe Physik,
Lustkandlgasse 4,
Telefon: 31 14 672

Beschränkte Auflage

Die nächsten Monate werden zeigen, inwieweit die Initiative der FÖJ für die Kandidatur von "offensiv links" die damit verbundenen Erwartungen und Möglichkeiten für die weitere Tätigkeit der FÖJ geschaffen haben. Gehen wir von der Funktion von "offensiv links" aus, die keiner neuen Einheitsorganisation, sondern eher einer auf neuer Ebene entstandenen linken Plattform entspricht, so muß die Profilierung der FÖJ als eine der autonomen Organisationen in "offensiv links" vorangetrieben werden. Das neue Element von "offensiv links" besteht darin, daß sich linke Gruppen und Organisationen, die neben SPÖ und KPÖ eine linke Perspektive eröffnen wollen, zusammengefunden haben, um bei Aufrechterhaltung ihrer eigenen Organisation den Versuch zu unternehmen, gemeinsame Schwerpunkte sowohl in Theorie und Praxis zu erarbeiten. Das bedeutet die Überwindung jener Einheitsfrontpolitik, die sich auf aktuelle Tagesereignisse (wie z.B. Vietnam, Nahost, Bundesheeraktionen) reduziert. Die FÖJ betrachtet diese Etappe als mögliche Vorstufe zur Entwicklung einer neuen marxistischen Organisation. Bereits jetzt "offensiv links" in diese Organisation verwandeln zu wollen, bedeutet die heutige Realität nicht zur Kenntnis zu nehmen und den notwendigen Erfahrungs- und Entwicklungsprozeß der einzelnen Gruppen zu verhindern.

Erst ein Selbstverständnis über Strategie und der daraus resultierenden Organisation eröffnet die Möglichkeit, diese marxistische Organisation neuer Qualität zu gründen.

Dazu bedarf es einer Profilierung jeder interessierten Gruppe inklusive der FÖJ. Daher will die FÖJ folgende Überlegungen realisieren. Die Forcierung der Schulungs- und Arbeitskreistätigkeit; den wirkungsvollsten Einsatz der politisch engagierten und aktiven FÖJler; die Lösung einiger organisatorischer Probleme, die aus der unmittelbaren Situation entspringen.

Was wollen wir erreichen?

Die letzten Monate haben als Ergebnis unserer Aktivität zu zweierlei Erfahrung geführt. Einerseits wurde der aktive Kreis der FÖJler sowohl quantitativ vergrößert als auch qualitativ verbessert, andererseits wurden eine Reihe von Schwächen sowohl unserer theoretischen als auch organisatorischen Arbeit aufgedeckt. Es war uns im wesentlichen nicht möglich, neben allgemeinen Materialien, eine theoretische Basis für die längerfristige Behandlung einzelner Schwerpunkte zu erarbeiten. Daraus resultiert in erster Linie die Schwäche unserer Aktionen im Wahlkampf die nicht dazu führten, größer angelegte Kampagnen zu initiieren. Unsere Aktionen beschränkten sich daher zwangsläufig auf allgemeine Agitation und konnten nicht breiter mobilisierend wirken. Wir wissen, daß viele Genossen gerade diese Schwäche als den Grund für ihre Ablehnung der Kandidatur von "offensiv links" angaben. Sie übersehen aber, daß mit der Kandidatur eine Initiative gesetzt wurde, die günstigere Voraussetzungen geschaffen hat, aus diesen Schwächen Lehren zu ziehen. Die FÖJ wird daher als ersten Schritt die Forcierung der marxistischen Schulung in Angriff nehmen und gleichzeitig die Arbeit am Entwurf des Grundsatzprogrammes intensiver fortsetzen.

Sowohl in Form als auch im Inhalt der Schulung soll auf die spezi-

fische gesellschaftliche Situation der einzelnen Schulungsteilnehmer Rücksicht genommen werden. Das bedeutet, daß wir auf einigen Gebieten Grundbegriffe der marxistischen Theorie (Einführung in marxistische Wirtschaftslehre; Historischen Materialismus) vermitteln wollen. Diese längerfristigen Kurse sollen derart gestaltet werden, daß sie den Genossen neben ihrer Betriebsarbeit eine regelmäßige Teilnahme ohne zu großer Belastung ermöglichen, um sie mit der marxistischen Denk- und Arbeitsweise vertraut zu machen. Denn die Lösung von Gegenwartsproblemen, im Rahmen der Arbeitskreise, wird erst auf Grund von fundiertem marxistischen Wissen möglich sein. Neben den von "offensiv links" durchgeführten Arbeitskreisen, in denen sich die FÖJler aktiv einschalten sollen, wollen wir Arbeitskollektive bilden, die sich

- a) mit der Überarbeitung des Entwurfes des Grundsatzprogramms beschäftigen,
- b) mit Fragen der Information, Agitation und Kommunikation beschäftigen sollen.

In der Überarbeitung des Grundsatzprogrammes sollen die eigenen Erfahrungen bzw. die Kritik seitens anderer linker Gruppierungen und Organisationen berücksichtigt und verarbeitet werden. Parallel mit dieser Arbeit, die schließlich zu einem verbindlichen Programm der FÖJ führen muß, kann die Lösung der Organisationsstruktur gefunden werden.

Wir haben bereits in der Sommerakademie 1970 auf diese Fragen hingewiesen. Bereits damals stellten wir fest, daß die Organisationsfrage nicht durch den einmaligen Akt einer Statutenverkündung gelöst werden kann, sondern die Herausarbeitung einer wirksamen Organisationsstruktur einen längerfristigen Prozeß darstellt, der in erster Linie aus dem Selbstverständnis der sich zur FÖJ zugehörig Fühlenden entspringt.

Die Arbeit mit "offensiv links" die Erfahrungen der Vollversammlungen, die einzelnen Aktionen, haben dazu geführt, daß wir bis zur Beschlußfassung am kommenden Bundeskongreß eine Übergangsform finden müssen. Wir laufen sonst Gefahr, unsere gesteckten Ziele nicht erreichen zu können und die vielfältige Form unserer kommenden Aktivität nicht auf eine breite Beteiligung der aktiven FÖJler zu stützen. Deshalb ist eine, der Vollversammlung der FÖJ verantwortliche Leitung gewählt worden. Diese Leitung, deren einzelnen Mitglieder jederzeit bei Vollversammlungen gewählt bzw. abgewählt werden können, soll die Voraussetzung schaffen, die durch den Wahlkampf breiter gewordene Basis der FÖJ zu nützen und deren politische und organisatorische Tätigkeit wirkungsvoller zu gestalten.

Sommer- und Wintersport- artikel

SÄMTLICHE SKIMONTAGEN

Sport-Heindl

WIEN VI, MOLLARDGASSE 2

TELEFON: 56 57 533

Unter Polizeischutz...

stellte sich General Gerd Bacher nach der Abschlußaktion von "offensiv links" am Wahlsonntag abends. Wie sehr ihm und seinen Vasallen der Schreck in die Glieder gefahren sein muß, ersah man an den bleichen Gesichtern der "Mitarbeiter" im ORF-Sonderwahlstudio am Rosenhügel. Daß das Gespenst "offensiv links", über das der ORF mit beharrlichem Still-schweigen hinwegging, sich plötzlich materialisierte und höflich an die Studiotür klopfte, um Einlaß begehrend, hatte auf die Bacher-Untertanen eine geradezu bestürzende Wirkung. Kreuzer kreuzte ziellos im Kreis, ein Redakteur griff zu einem riesigen fahrbaren Feuerlöschgerät, ließ es aber nach einigen mahnenden Worten von uns wieder ratlos stehen, andere versuchten uns in eine "Diskussion" zu verwickeln und gerieten sich dabei in die eigenen Haare. Kein Dalma weit und breit, der dem ganzen unheilvollen ORF-Durcheinander Linie, Profil, ideologische Ausrichtung hätte verleihen können - er war sofort nach unserer Mitteilung, wir möchten gern mit ihm reden,

durch ein Hintertürl verschwunden. Als Bacher kam, war die Ordnung in seinem Reich durch zwei biedere Polizeibeamte wieder hergestellt. Er schnauzte sie an, daß die beiden unwillkürlich in Habtachtstellung gerieten. Von humorbegabtem Zynismus zeugt seine Antwort auf die dämpfende Feststellung von uns: "Herr Bacher, Sie haben noch nicht die Macht im Staat übernommen..." - "Das kommt auch noch, junger Mann..." Die Anspielung auf das Wahlergebnis: "Sie haben heute Ihre Watschn bekommen, Herr Bacher, und Sie werden noch weitere einstecken müssen..." zog Bacher vor, unbeantwortet zu lassen. Er verzichtete auch auf eine Klage - eventuell wegen Hausfriedensbruchs -, die nach der Darstellung des "offensiv links"-Besuchs seitens der ORF-Nachrichtenredaktion durchaus geboten erschiene. Bacher scheut aber selbst die bürgerliche Justiz als Richterinstanz anzurufen und wendet sich lieber gleich an HOLAUBEK, der ihm prompt - wie sonst nur diplomatischen Vertretungen - Polizeischutz versprach.

In jeder Gesellschaftsordnung läßt sich die Beliebtheit und Volkstümlichkeit von Institutionen und ihrer Repräsentanten symptomatisch an den Sicherheitsvorkehrungen ablesen, die um sie errichtet werden. In Österreich gibt es kaum eine Institution - weder öffentliche noch private -, die Tag und Nacht unter Polizeibewachung stehen müßte - außer Bachers ORF...



VERWIRRUNGEN WUNSCHVORSTELLUNGEN ENTSAGUNGEN

Vieles - geschrieben, gesagt, geflüstert vor den Wahlen, zu den Wahlen - ist nach den Wahlen hin-fällig, bedeutungslos, belanglos geworden.

Manches, exemplarisch in dieser oder jener Richtung, wird trotz-dem der Vergessenheit anheim-fallen.

Einiges sollte von uns festge-halten werden, weil kommentar-lo-ses Übergehen, stillschweigende Kenntnisnahme mißdeutet werden könnte als heimliche Zustimmung. Eine Antwort gebührt vor allem jener Richtung wahlstrategischer Ideologen, die - gestern noch Stiefkinder der SPÖ - heute plötz-lich ihre ferne Verwandtschaft zur KPÖ entdeckt haben. Eine Wahl-verbandschaft - wohlgedenkt.

W. Burians Artikel im Neuen Forum (Aug./Sept. 1971) unter dem Titel "'offensiv links' oder KPÖ?" lie-fert für die notwendige Antwort die ausreichende Grundlage.

Zum Verständnis für Leser, die weder Burians Artikel, noch seine bisherige Laufbahn als politisch Aktiver und als Publizist kennen, einige Vorbemerkungen: Burian ge-hört zur Gruppe von ehemaligen VSStö-Aktivisten, die immer mehr in Widerspruch zur SPÖ-Politik gerieten und im Laufe der Ausein-andersetzungen, die nicht immer öffentlich zwischen der SP-Füh-rung und dem VSStö geführt wurden, mitunter bis zur letzten Konse-quenz gegangen sind: Austritt aus dem VSStö oder gar der SPÖ. Die

Gruppe der VSStö-Dissidenten fand zuletzt Zuflucht in der Arche Nennings, im Neuen Forum, wo die verschiedensten Spezies linker Ideologievertreter in friedlicher Koexistenz dem Tag entgegensegeln, da die reaktionäre Sintflut end-gültig zurückgegangen sein und eine rote Taube aus den Vorstäd-ten mit dem Ölzweig die siegrei-che Revolution künden wird. Bis dahin - Voyeure des Kapitalismus und des Imperialismus - betrach-ten sie die Welt und teilen Noten aus. Nach links, nach rechts, gute und schlechte, wie es eben marxistischen Theoretikern zu-steht, welche über den lächer-lichen Anstrengungen linker Grup-pen und Organisationen erhaben, es besser wissen, wann, wie und wo Praxis sinnvoll und gerecht-fertigt sein kann. Diese Haltung ist die einzige Kontinuität, die sie seit ihren Anfängen beim VSStö ununterbrochen gewahrt ha-ben. Burians Urteil über die Kam-bodscha-Demonstration im Mai 1970 (die Demonstration gegen den Ein-fall von US- und Saigon-Truppen in Kambodscha wurde vom österrei-chischen Vietnam-Büro gemeinsam mit allen linken Organisationen und Gruppen organisiert. Die Losungen und der gesamte politi-sche Inhalt trugen sozialisti-schen Charakter. In Wien nahmen fast 4.500 Menschen, in ganz Österreich an die 8.000 an den Kambodscha-Demonstrationen teil), ist kennzeichnend: "Das größte Fiasko der Linken seit Jahren..." Sprach's und wandte sich neuen

Objekten der Kritik zu.

So kam er jüngst auf "offensiv links" -

"eine Wahlbewegung, die von der FÖJ und versprengten Linken getragen wird. Die Offensive geht in die falsche Richtung. Der Aberglaube beginnt mit der Vorstellung, daß es sich hier um eine Initiative handelt, die über den Wahltag hinausreichen wird. Das ist der Ausdruck der Ratlosigkeit!"

Wenn Burian es sagt, wird es schon stimmen. Er weiß es immer und hier sogar im voraus besser. Sein Pessimismus beruht auf zwei weiteren Pauschalurteilen, die ihm niemand wird nehmen können:

"Die Freie Österreichische Jugend und Spartakus zeichnen sich durch Ziellosigkeit aus."

und

"Niemand von 'offensiv links' ist in Betrieben oder in der Gewerkschaft tätig, um sich für Agitation einzusetzen."

Tatsächlich ist die FÖJ die einzige linke Kraft außerhalb der SPÖ und KPÖ in Österreich, die sich die Aufgabe gestellt hat, durch einen eigenen Programm-Entwurf ihre taktische und strategische Orientierung fest und klar zu umreißen. Und tatsächlich ist die FÖJ zur Zeit die einzige linke Kraft außerhalb der SPÖ und KPÖ, deren Mitglieder überwiegend im Produktionsprozeß stehen, in Betrieben arbeiten, dort Vertrauenspositionen besitzen (einige unter den aktivsten FÖJlern sind Betriebsräte, der Obmann der FÖJ-Steiermark ist Betriebsratsobmann). Sollte sich Burian nun, von diesen Tatsachen in Kenntnis gesetzt, beeindruckt zeigen, müßte man über ihn lachen. Sein Betriebsfetischismus ist nämlich Ausdruck seiner ganz privaten Situation, der Situation eines Intellektuellen, in dessen Überlegungen "Proletariat", "Betriebsarbeit", "Produktionssphäre" zu abstrakten und mystischen Größen erstarren, wie wir es am krassesten bei den Genossen von der MLS

tagtäglich beobachten können. Gerade, weil die FÖJ weitestgehend von jungen Arbeitern und Angestellten getragen wird, hat sie keine Illusionen über die Schwierigkeiten die gegenwärtig in Österreich bestehen, in Betrieben politische Organisations- und Agitationsarbeit zu entfalten. Gerade deswegen kann uns die Tatsache nicht beeindrucken, daß die KPÖ soundsoviel hundert Betriebsräte in Österreich stellt, wie wir uns auch nicht beeindrucken lassen, wenn die KPÖ den Bundeskanzler und den Bundespräsidenten stellen würde. Das klingt paradox, ist es aber nicht, hält man sich wie wir es tun, die objektive Funktion von Betriebsräten, Bundeskanzlern und Bundespräsidenten in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation Österreichs vor Augen. Gerade deswegen können wir neben unserer strategischen Orientierung auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ohne die schlaflosen Nächte und quälenden Kopfschmerzen eines Burians zu Nationalratswahlen "kandidieren", weil wir eben nicht von der einen und einzigen Überzeugung Burians ausgehen:



"Die Situation der österreichischen Linken ist nach wie vor durch Hoffnungslosigkeit und Frustration gezeichnet."

Burian sagt es, also wird es schon stimmen. Aber vielleicht könnte Burian die Bescheidenheit des subjektiven Beobachters einer Situation insofern verdeutlichen, daß er in dem Fall von seiner Hoffnungslosigkeit und seiner Frustration spricht. Es ist Lenins Verdienst, das subjektive Moment in der Geschichte insbesondere der Arbeiterkämpfe hervorgehoben zu haben, allerdings positiv, in dem Sinn, daß er von der Hegelschen Allmacht der Geschichte die Aufmerksamkeit auf das bewußte verändernde Tun des Einzelnen und seines Kollektivs gelenkt hat, ohne welches die Revolution unweigerlich zum beliebten Bespiegelungsobjekt von Leuten Burianschen Schlages wird.

Wenn Burian gegen "offensiv links" seine publizistischen Reserven mobilisiert, geht es ihm dement-sprechend auch weniger um die Klärung der Perspektiven für die revolutionäre Linke in Österreich - dazu dienen ihm und seinesgleichen Wahlen nicht -; er macht in KP-Stimmenwerbung. So kann der Widerspruch in der Argumentation völlig unvermittelt zwischen

einer Feststellung und der daraus gezogenen Schlußfolgerung einen salto mortale schlagen:

"Die Aufgabe der österreichischen Linken ist nicht darin gelegen, die parlamentarische Illusion glaubhaft zu machen, sie muß, will sie nicht den letzten Zug versäumen, für die kommenden Klassenkämpfe vorbereitet werden und ihre Basis vergrößern."

Das ist die Feststellung. Goldene Worte leger entlehnt aus dem Aufruf, den "offensiv links" zur Begründung seiner Kandidatur veröffentlicht hat. Dann aber die erschlagende Schlußfolgerung:

"In der gegenwärtigen Lage als linke Organisation zu kandidieren bedeutet, daß man den Einzug der KPÖ in den Nationalrat verhindern will."

Hier wird nicht unzusammenhängend zitiert! Dies ist ein und derselbe Absatz. Obige Aufgabe der Linken, die Ablehnung der parlamentarischen Illusion, die Vorbereitung für die kommenden Klassenkämpfe, die Verbreiterung der Basis, bedeutet also auf gut Burianisch: Wählt KPÖ. Dazu kann man nur den Schluß des Burian-Artikels zitieren:

"Begreife, wer kann."

Übrigens...

**„aspekte“-herstellen kostet Geld,
auch wenn DU sie nicht bezahlst!**



Rede des Vertreters der FÖJ - Bewegung für Sozialismus, Zsolt Patka, bei der Demonstration am 15. Oktober 1971 gegen die Schlemmerparty des Schah.

Die Schlemmerparty des Jahrhunderts in Persepolis ruft selbst unter bürgerlichen Kommentatoren Kopfschütteln, ja bisweilen dezente Kritik hervor. Manche der Eingeladenen, darunter Heinemann, Bundespräsident jenes Landes, dessen wirtschaftliche Interessen am persischen Markt besonders groß sind, der BRD, mußte auf öffentlichen Druck hin absagen. Auch Österreichs sozialdemokratische Staatsführung begnügte sich mit dem kulturellen Alibi einer Ausstellung iranischer Kunst in Wien.

Die gigantische Geschmacklosigkeit, der Aufwand und die Kosten für feudale Re-

präsentation, lenken erneut die Aufmerksamkeit der Linken auf die iranischen Verhältnisse. Der Kontrast zwischen der ungeheuren Armut der Bevölkerung und dem maßlosen Prassen des Schah öffnen auch bei uns die Schleusen moralischer Empörung. Das war sicher bei vielen von uns der auslösende Funke, an der heutigen Demonstration teilzunehmen.

Damit dieser Funke aber nicht nur ein Strohfeuer entfacht, müssen wir über den äußeren Widerspruch hinaus zu den tieferen Widersprüchen und ihrer Erklärung gelangen.

Einer dieser Widersprüche ist der Imperialismus der kapitalistischen Großmächte und der weltweite Befreiungskampf jener Länder der Erde, die, wie Persien, auf Grund ihrer historischen Entwicklung zu den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern zählen, Sie stellen in ihrer Gesamtheit ein riesiges Reservoir von billigen Rohstoffen und Arbeitskräften dar, die von den hochentwickelten kapitalistischen Ländern wirtschaftlich ausgebeutet und politisch, durch Marionetten und Verbündete, wie den Schah, unterdrückt werden, damit die monopolkapitalistischen Profitinteressen sich ungestört entfalten können.

Die Völker dieser Erde, die Arbeiter, Bauern, die fortschrittliche Intelligenz antworten dem Imperialismus und der Herrschaft der Kompradorenbourgeoisie durch den bewaffneten Volkskrieg wie in Vietnam, Montevideo, Angola, und nun auch in Persien, um einige Beispiele zu nennen.

Die Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf der Dritten Welt hat sich auch in Österreich immer wieder in Aktionen, Demonstrationen und Aufklärungskampagnen konkretisiert. Stärkster Ausdruck dieser Solidarität ist aber die Forcierung und Entfaltung der Klassenkämpfe im eigenen Land, in den Metropolen des Imperialismus und Kapitalismus selbst.

Diese antiimperialistische und antikapitalistischen Kämpfe werden aber nicht zuletzt durch einen weiteren tiefen Widerspruch kompliziert, den wir gerade jetzt angesichts mancher Einzelheiten der Freß- und Sauforgie in Persepolis als Marxisten selber am schmerzlichsten erfahren. Ich meine die Anwesenheit von hohen Repräsentanten von Arbeiterstaaten. Staunend lesen wir auf der Liste der Ehrengäste die Namen von Podgorny, Tito,

Caucescu, der Präsidenten der CSSR und Ungarns, die Namen hoher chinesischer Funktionäre neben den Namen von elf Kaisern, drei Königen, einer Unzahl von Fürsten und Potentaten und last not least dem Vizepräsidenten der USA, Spiro Agnew.

Ich betone, es ist die äußere Hülle, die Form eines Widerspruchs, dessen inhaltlichen Konsequenzen uns weitaus schmerzlicher treffen, wenn wir nämlich einzelne politische und diplomatische Initiativen der SU oder der VRChina vor Augen halten, ob es sich nun um Hofieren der sowjetischen Staats- und Parteileute um Schah Reza Pahlevi oder um die Besuche von Schah-Verwandten und -Kreaturen in Peking handelt, um beim konkreten Anlaß zu bleiben.

Dieser Widerspruch offenbart sich uns aber nicht nur in der Politik dieser Arbeiterstaaten gegenüber kapitalistischen und imperialistischen Mächten und ihren Vasallen, dieser Widerspruch manifestiert sich ebenso im Verhältnis dieser Arbeiterstaaten zueinander; Ussuri, CSSR, der Wettlauf um die Gunst Nixons, aber ebenso um die Gunst seiner Ableger und Verbündeten, sei es die Person Hailie selassies oder die des Schah von Persien.

Als Marxisten wissen wir aber, daß wir die eigentlichen Ursachen auch für diesen Widerspruch in den ökonomischen und politischen Strukturen der betreffenden Länder, diesmal der Arbeiterstaaten zu suchen haben. Unsere Aufgabe ist, vom Standpunkt der prinzipiellen Solidarität, kritisch zu untersuchen, wieweit die Produktionsverhältnisse in der SU ebenso wie in Jugoslawien oder VRChina, auf Grund der gegenwärtigen Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer Organisierung jene Widersprüche im angeblich sozialistischen Überbau bedingen und hervorbringen, welche wiederum in den Strukturen des Überbaus auf die Basis zurückwirken. Die Ergebnisse dieser Untersuchung müssen wir dann in den Kontext der Widersprüche des Imperialismus und des antiimperialistischen Kampfes, des Kapitalismus und des antikapitalistischen Kampfes stellen.

Nur so werden wir der Forderung gerecht werden, von deren Erfüllung die Zukunft des Sozialismus abhängt: die Rekonstruktion des Subjekts der Revolution unter den Bedingungen des Spätkapitalismus und die Rekonstruktion der von Marx ins Leben gerufenen, von Lenin erneuerten kom-

munistischen Internationale, um in der Verallgemeinerung beider Prozesse den Sieg der Völker der Dritten Welt über den Imperialismus mit dem Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus zum Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt zu machen.

Nieder mit dem Schah!

Es lebe die iranische Revolution!

Es lebe die Weltrevolution!

OFFENSIV LINKS

AUSGABEN

Porto	8.458,70
Klebezettel, Plakate	20.344,--
Kostenbeitrag MA 62	11.780,--
Saalmieten	900,--
Benzin	1.395,60
Flugblätter	ca. 10.000,--
Material (Tafeln usw.)	<u>8.187,60</u>
	62.405,90

SPENDEN 20.681,90

D e f i z i t 41.724,--

In diesen Posten ist ANSCHLAG 2 nicht beinhaltet.

Diese Zahlen sprechen für sich. Sie erklären unsere angespannte finanzielle Lage.

Wir rufen daher alle Freunde und Genossen - die an unserer Weiterarbeit interessiert sind - auf, den beiliegenden Erlagschein zu benutzen!

Österreichische Länderbank, Kontonummer 2-307-435

Bei der Kranzniederlegung am Nationalfeiertag übergaben Mitglieder der Freien Österreichischen Jugend - Bewegung für Sozialismus Bundeskanzler Kreisky einen Brief und drei Kranzschleifen aus Kärnten, die von ehemaligen Mitgliedern verschiedener SS-Verbände für die Heimkehrergedenkstätte Ullrichsberg gestiftet wurden. Der Text des Briefes lautet:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Kreisky!

Aus Anlaß des heutigen Nationalfeiertags wendet sich die FÖJ-Bewegung für Sozialismus an Sie, um Ihre Aufmerksamkeit erneut auf einige Fakten zu lenken, die im Widerspruch zur österreichischen Verfassung stehen und die Opfer der Verbrechen des Nationalsozialismus und des 2. Weltkriegs offen verhöhnen.

Wir denken hier nicht nur an die "Deutsche National- und Soldatenzeitung" oder an Burgers NDP, sondern ebenso an verschiedene Kameradschaftsbünde und ihre Tätigkeit, die von den im Parlament vertretenen Parteien in aller Öffentlichkeit unterstützt und gefördert werden.

Die Kranzschleifen, die wir mit diesem Brief Ihnen übergeben, stammen aus Kärnten, von der Heimkehrergedenkstätte Ullrichsberg von ehemaligen Angehörigen verschiedener SS-Verbände gestiftet.

Wir möchten Sie in diesem Zusammenhang auch an die Diskriminierung erinnern, die in Kärnten den slowenischen Minderheiten widerfährt. Es besteht unserer Meinung nach eine offensichtliche Diskrepanz zwischen der Duldung von Propaganda und Organisation seitens ehemaliger Nationalsozialisten einerseits und der Nichterfüllung einzelner Bestimmungen des Staatsvertrages andererseits, z.B. der Nichteinführung zweisprachiger Ortstafeln in Gemeinden mit slowenischen Bevölkerungsteilen.

Wir richten am heutigen Nationalfeiertag den Appell an Sie, solchen Umtrieben endlich entschieden entgegenzutreten.

f. d.

Freie Österreichische Jugend
- Bewegung für Sozialismus -

Wien, 26.10.1971

Kärntner

Ansichtskarten

Am 10. Oktober 1970 jährte sich zum 50. Male die Abstimmung über die Zugehörigkeit Südkärntens zu Österreich. Auf Grund dieses Ereignisses brachte Prof. Janko Messner seine "Ansichtskarten von Kärnten" heraus.

Am 10. Oktober 1920 hatte sich die Mehrheit der Bevölkerung von Südkärnten für Österreich, also damals: für die Republik, für Sozialismus, gegen Militarismus, Monarchie, für den Achtstundentag entschieden.

Trotz diesem Ergebnis machten im Lauf der Jahre deutschnationale und nazistische Kreise aus dem "10. Oktober" einen Tag gegen die Slowenen, für den Chauvinismus, die Hetze und das Deutschtum.

Die Arbeiterschaft und die Soldatenräte hatten unter der roten Fahne für eine demokratische sozialistische Zukunft gekämpft - daraus gemacht hat man ein Instru-

ment des Hasses und der Erniedrigung, des Antislawismus.

Der 10. Oktober 1970, der 50. Jahrestag, bewies dies - unter dem "Ehrenschutz der SPÖ" - wieder deutlich.

Eine der Reaktionen darauf ist das fesselnde und wahre Büchlein von Janko Messner. Es sind Zeilen der bitteren Wahrheit und darum allen mit Nachdruck zu empfehlen. Die "Ansichtskarten von Kärnten" sind "schiache Gschichten" aus dem Leben der Slowenen in Kärnten. Wer sie gelesen hat versteht auch, wenn slowenische Jugendliche mutig der verlogenen Gesellschaft den Kampf ansagen und sowohl den alten "markigen" Teutomen entgegen-treten und den schönrednerischen Scheindemokraten die Maske herunterreißen.

"Ansichtskarten von Kärnten" sind in Klagenfurt, Hermagoras-Buchhandlung, Viktringer Ring 26, zum Preise von S 15,-- zu haben. (Dazu gibt es eine Ausgabe in slowenischer Sprache, die umfangreicher ist und den Titel "Skurne storije" - übersetzt "schiache Gschichten" - trägt).

S.H.

VERSICHERUNGEN JEDER ART + BERATUNG BEIM AUTOKAUF + KUNDENDIENSTE

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine

Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Neue Adresse:
1100 Wien, Auladagasse 7/29/14
zur Zeit kein Telefon

Büro:
Wien 1060, Mollardgasse 13-15
Telefon: 57 35 20, 57 35 28-29

Postgebühren hier bezahlt